



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VIII/273 - 24.11.53

Hinweise  
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 21831-33  
Fernschreiber 039 890

Zur Berliner Situation	S. 1
Sowjetrussische Spionage in Norwegen	S. 3
Künstliche Aufregung	S. 4

---

## Verleumder par excellence

E.Z. - Berlin

Die verhängnisvolle politische Entwicklung in Westberlin, die mit dem Hinausmanövrieren der SPD aus der Senats-Regierung durch CDU und FDP ihren Anfang genommen hat, wird in ihrer ganzen Tragweite durch einige sehr bezeichnende Kommentare beleuchtet. Mit der Taktik, die angeblich unberechtigten Forderungen der SPD bei der Senatsbeteiligung als Ursache des Scheiterns einer Großen Koalition hinzustellen, kommt man nicht weiter. So blieb nur der eine Ausweg, die SPD wieder einmal zu verleumden.

Der Vorsitzende der Berliner FDP, Herr Schwennicke, der als treibender Keil bei der Sprengung der bisherigen Westberliner Drei-Parteien-Regierung unbedingt den Beweis für die Schuld der SPD antreten mußte, erklärte dieser Tage, es "sei seiner Partei nicht unbekannt, daß seit vielen Monaten von kommunistischer Seite versucht werde, Eingang und Einfluß auf die Funktionäre der SPD zu gewinnen". So vorsichtig sich Herr Schwennicke hier auch ausdrückt, der Sinn seiner Worte kann nur der sein, die SPD habe sich in Westberlin mit der kommunistischen SED in Ostberlin quasi zusammengetan, um der "Freiheitsfront" in den Rücken zu fallen.

Der Verleumdungsfeldzug gegen die SPD, der in der Bundes-

republik vor den September-Wahlen an der Tagesordnung war, soll jetzt nach dem Willen der FDP in Berlin seine Auferstehung feiern. Das Motiv liegt klar zutage: Man will vor der Bevölkerung, die über die verhängnisvolle politische Entwicklung bestürzt ist, die Standhaftigkeit der SPD gegenüber den Unterminderungsversuchen aus Ostberlin in Zweifel ziehen, man will dies gegenüber den Berlinern, vor allem aber auch vor der Sowjetzonenbevölkerung, die in der SPD bisher stets den Hauptträger des Widerstandskampfes gesehen hat,

Wer zu solchen Methoden greift, um dessen Sache muß es schlecht bestellt sein. So ist es auch im Fall Schwennicke. Die FDP, die heute die Schuld am Auseinanderbrechen der gemeinsamen Berliner Regierung der SPD in die Schuhe schieben will, sieht sich in ihrer üblen Rolle entlarvt. Bis vor wenigen Tagen konnte man vielleicht behaupten, wenn die SPD nicht Anspruch auf den Posten des von dem Parteilosen Dr. Müller besetzten Innensenators erhoben hätte, wäre alles in Ordnung gegangen. Nun hat sich aber herausgestellt, daß derselbe Dr. Müller bereits am Tage der Wahl Dr. Schreibers zum Regierenden Bürgermeister seine Rücktrittsabsichten kundgetan hat, von den bürgerlichen Politikern aber geboten wurde, darüber vorläufig nichts verlauten zu lassen. Man brauchte Dr. Müller als Wandschirm, hinter dem von der FDP unter Mitarbeit der CDU jene Manöver gestartet werden konnten, die schließlich nicht zuletzt wegen der Verweigerung jedes SPD-Einflusses auf die Senatsabteilung des Inneren, der für die stärkste Partei mit über 48 Prozent der Wählerstimmen nach dem Verlust des Postens des Regierungschefs absolut berechtigt war, zum Ausscheiden der SPD aus der Regierung führen mußte.

Es hat sich gezeigt, daß die Ausschaltung der SPD aus der Regierung Westberlins ein von der FDP lang gehegter und von der CDU mindestens nicht widersprochener Plan war. Von der Erklärung des FDP-Vorsitzenden Schwennicke nach dem Tod Ernst Reuters, es dürfe niemals ein SPD-Mann Nachfolger werden, bis zu dem eindeutigen Manöver mit dem bisherigen parteilosen Innensenator Müller und der Lüge über die Unterwürfigkeit von SPD-Funktionären gegenüber dem kommunistischen Ostberlin zieht sich ein roter Faden: Ausschaltung der SPD um jeden Preis, damit die hinter der FDP stehenden Wirtschaftsinteressenten zum Zuge kommen.

Neue Spionageligen in Nordeuropa aufgeflogen

R.H.-Stockholm

Vor kurzem wurde in Finnland eine fünfköpfige Spionageliga entlarvt, der u.a. der Chef eines Bildarchives der finnischen Luftwaffe angehörte. Die Gruppe lieferte Stimmungsberichte, Produktionsdaten, Informationen über Lagerbestände der Wehrmacht, Flugphotos etc. an einen Verbindungsmann, der mit den Auftraggebern in Funkverbindung stand. Obwohl die finnischen Behörden den Namen des spionierenden Landes nicht genannt haben, ist so gut wie sicher, daß die Liga in sowjetischem Auftrage gearbeitet hat.

Wenige Tage später wurde in Nordnorwegen ein anderes Spionagenezetz aufgedeckt. Die norwegischen Behörden scheuten sich nicht, die sowjetischen Hinternänner zu nennen. Vier Norweger, darunter ein vom König mit einem Orden ausgezeichnete Landwirt, und ein Russe norwegischer Herkunft wurden verhaftet. Der Name eines weiteren Spiones wird vorläufig noch geheim gehalten. Die norwegischen Behörden hatten ihre ersten Informationen von einem Leutnant des sowjetischen Geheimdienstes MVD namens Pawlow erhalten, der im August nach Norwegen geflüchtet war. Moskau hat nichts unversucht gelassen, um seine Auslieferung zu erzwingen. Die Norweger waren aber fest geblieben.

Leutnant Pawlow gehörte einer Spionagezentrale in dem sowjetischen Eismeer-Hafen Murmansk an. Diese Zentrale scheint die gesamte Spionage im hohen Norden zu lenken. Zunächst haben die Norweger ein Spionagenezetz in Sör-Varanger hochgehen lassen. Die Spione hatten ihre Informationen über militärische Anlagen - vermutlich mit Landkarten und Lichtbildern - sowie über den Personenverkehr in den nordnorwegischen Häfen in einem Versteck am Ufer des Grenzflusses Pasvikälven hinterlegt. Der norwegische Sicherheitsdienst ist fieberhaft bemüht, weitere Spionageneetze aufzudecken, und hat angeblich auch mit Polizeistellen in Nordfinnland und Nordschweden die Verbindung aufgenommen.

Nach Murmansk weisen auch die Ergebnisse einer anderen Spionageuntersuchung der norwegischen Behörden. Als während des Krieges nordnorwegische Fischer vor den deutschen Okkupationstruppen nach Murmansk flüchteten, wurden sie zu einer Verpflichtung für den sowjeti-

schen Spionagedienst gezwungen. Einer von ihnen namens Otto Larsen hatte darüber noch während des Krieges eine in Schweden stationierte norwegische Verbindungsstelle informiert. Als er nachher in die Sowjetunion zurückkehrte, war er zu einer vieljährigen Gefängnisstrafe verurteilt worden. Vor kurzem haben die Sowjets ihn heimgeschickt. Er gab den norwegischen Behörden zu Protokoll, daß er beim sowjetischen Geheimdienst in Murmansk ein Exemplar des in der norwegischen Verbindungsstelle aufgenommenen Protokolls gesehen habe und aufgrund desselben verurteilt worden sei. Die Norweger untersuchen nun, wie ein solches Protokoll nach Murmansk geraten konnte.

Zusammen mit dem im Frühjahr 1952 in Schweden aufgedeckten sowjetischen Spionagenetz des zu lebenslänglichem Kerker verurteilten Kommunisten Enbom werfen diese Spionagefälle ein Schlaglicht auf das intensive Interesse, das Moskau den nordeuropäischen Ländern widmet.

+ + +

#### Künstliche Aufregung

(sp) Die "Frankfurter Allgemeine" hat in ihren Leitartikel vom Dienstag den Versuch der parteiantlichen Korrespondenz der CDU/CSU eingebaut, gewisse Äußerungen des sozialdemokratischen Abgeordneten Wehner zur letzten Sowjetnote gegen einen Passus im Sozialdemokratischen Pressedienst auszuspielen. Wehner hatte festgestellt, Moskau sei zur Vierer-Konferenz noch nicht bereit, weil es fürchte, dann keine Gelegenheit mehr zu haben, die Deutschlandfrage als Druckmittel auf die Westmächte für die Erreichung anderer außenpolitischer Zwecke benutzen zu können. Der Pressedienst hatte auf die große Anzahl von ätlichen und westlichen Lippenbekenntnissen für die deutsche Einheit hingewiesen und Anlaß gesehen, ihre unbedingte Ernsthaftigkeit bezweifeln zu müssen.

Das sind nach unserer bescheidenen Meinung zwei Dinge. Ein Widerspruch zwischen beiden Behauptungen bestünde nur, wenn Wehner ausdrücklich die von ihm angeführte sowjetische Überlegung als einzigen Grund für das Nichtzustandekommen einer Vierer-Konferenz überhaupt und nicht nur in diesem Stadium angegeben hätte. Das tat er nicht.

So aber schließt das eine, eben die erwähnte Moskauer Überlegung, das andere, die angezweifelte unbedingte Aufrichtigkeit im Streben nach der deutschen Einheit auf allen Seiten, keineswegs aus. Und das sollte für den klar sein, der klar sehen will.

Die "Frankfurter Allgemeine" hat nun insofern Recht gehabt, als am Tage zuvor in ihr an genau der gleichen Stelle zu lesen war:

"Das " Wallstreet-Journal" wandte sich kürzlich mit erfrischender Offenheit gegen die Versuche, das Unvereinbare miteinander zu verbinden. Man sollte endlich aufhören, meinte es, der Welt und den Deutschen zu versprechen, daß die gegenwärtige Politik der Westmächte und insbesondere der Vereinigten Staaten die Wiedervereinigung bringe; beides schliesse einander aus".

Mit anderen Worten heißt das, daß die "gegenwärtige Politik der Westmächte und insbesondere der Vereinigten Staaten" nach dem Urteil dieser Zeitung gegen die Wiedervereinigung gerichtet ist - wenn nicht nach der Absicht, so zumindest im Effekt. Wenn dies eine führende amerikanische Zeitung mit den denkbar besten Kontakten zu den gerade heute maßgebenden amerikanischen Kreisen schreibt, sind da nicht schüchterne deutsche Zweifel an der "unbedingten Ernsthaftigkeit" entgegengesetzter Beteuerungen aus dem amerikanischen Lager verständlich? Und wirkt die Aufregung über solche Zweifel angesichts solcher amerikanischer Äußerungen nicht recht künstlich? Die Zeitung mit der Stimme von "Wallstreet-Journal" lag noch von gestern auf dem Schreibtisch. Wer sich die Mühe machen will, etwas ins Zitatenarchiv zu steigen, wird leicht ein gutes Dutzend ähnlich repräsentativer amerikanischer Stimmen des gleichen Tenors finden.

+ + +

#### Neue Methoden der Vopo-Werbung

Die in den einzelnen Betrieben befindlichen Funktionäre der GST (Gesellschaft für Sport und Technik) sind jetzt in die neu angelaufene Vopo-Werbung eingeschaltet worden. Die Funktionäre überprüfen in ihren Betrieben die für die Vopo-Ausbildung in Frage kommenden Belegschaftsmitglieder und melden die entsprechenden Namen an die Stadtbezirksleitung der SED weiter. Diese führt dann, zusammen mit einem KVP-Offizier und einem Vertreter der GST, in den einzelnen Betrieben individuelle Befragungen der Auserwählten durch. Ausgesprochene Druckmaßnahmen werden unterlassen. Im Oktober sind von der GST insgesamt 2000 Jugendliche namhaft gemacht worden, die alle einer entsprechenden Befragung unterzogen wurden. Von diesen 2000 erklärten lediglich 300, sie wollten sich die Sache einmal überlegen, die restlichen 1700 lehnten von vornherein kategorisch einen Eintritt in die Vopo ab.

Verantwortlich: Peter Raunau